

# „Sozialistischer Frühling 1960“?<sup>1</sup>

Siegfried Kuntsche

Am 25. April 1960 nahm die Volkskammer der DDR zum Zusammenschluss aller Bauern in Genossenschaften Stellung<sup>2</sup> und bestätigte dieses Faktum auf der Grundlage des LPG-Gesetzes vom Juni 1959<sup>3</sup>. Zuvor hatte Walter Ulbricht in seiner Eigenschaft als Stellvertretender Ministerpräsident eine Regierungserklärung abgegeben. Hier wertete er den Zusammenschluss der Bauern als „großen historischen Schritt“, als Vollendung der mit der Bodenreform 1945/46 eingeleiteten Bauernbefreiung und stellte fest, „daß nunmehr auch in der Landwirtschaft die Grundlagen des Sozialismus geschaffen sind.“<sup>4</sup> Die Einbindung der Bauern in Agrargenossenschaften bildet eine Zäsur in der DDR-Geschichte.<sup>5</sup>

---

1 Redigierte und ergänzte Fassung des Vortrags in einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Land Brandenburg am 24.4.2010 in Kyritz. Ausgangspunkt des Vortrages bildete die Studie: Siegfried Kuntsche: Kampf um die Köpfe 1960: Sozialistischer Frühling? Zwangskollektivierung?, in: Detlef Nakath (Hrsg.): DDR-Geschichte: Bilder und Zerrbilder. Siegfried Prokop zum 70. Geburtstag, Berlin 2010, S.152-170. Wesentlich ergänzt wurde die SED-Agrarpolitik zwischen 1958 bis 1960 und die agrarwirtschaftliche Situation Ende 1959.

2 Beschluß der Volkskammer der DDR zur Regierungserklärung über die Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften vom 25.4.1960, in: Neues Deutschland, 26.4.1960.

3 Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 3.6.1959, in: GBl. DDR 1959, T. I, S.577-580.

4 Über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Regierungserklärung vor der Volkskammer 25. April 1960, in: Walter Ulbricht: Die Bauernbefreiung in der DDR, Berlin 1962, Bd. II, S.1159-1205, hier S.1159f., 1175.

5 In der Darstellung von Agrarpolitik und Agrarentwicklung folge ich vor allem den empirisch gestützten Arbeiten von Arnd Bauerkämper: Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945-1963, Köln-Weimar-Wien 2002; Ilona Buchsteiner: Bodenreform und Agrarwirtschaft der DDR, in: Leben in der DDR, Leben nach 1989, hrsg. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Bd. V, Schwerin 1997, S.41-48 (Siehe auch Anhörung in der Sitzung der Enquete-Kommission des Schweriner Landtags am 29.3.96: Bd. II, S.292f.); Horst Matschke: Die Entwicklung der Agrarpolitik der SED und der Landwirtschaft von der 8. Tagung des ZK der SED bis zum VIII. Deutschen Bauernkongress (März 1960 bis Mai 1964), Dissertation B AdL der DDR Berlin 1989 (ungedruckt geblieben infolge Abwicklung des Bereichs Agrargeschichte des AdL-Instituts 1992); Christel Nehrig: Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande 1958 bis 1961, Berlin 1988 (MS, ebenfalls unveröffentlicht); Siegfried Prokop: Übergang zum Sozialismus in der DDR 1958-1963, besonders S.168-225; Jens Schöne: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, Berlin 2005, besonders S.184-206. Bei Abschnitt 7 beziehe ich mich vor allem auf Hans Watzek: Wie stand es um die Landwirtschaft der DDR?, in: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der

### 1. Die Agrarpolitik der SED

Wachsende Ernährungsansprüche verlangten auch in Ostdeutschland eine rasche Steigerung der Agrarproduktion – nicht zuletzt in der Konkurrenzsituation zur BRD. Dort vollzog sich die Modernisierung<sup>6</sup> bei Verdrängung kleinbäuerlicher Betriebe und sozialökonomischer Differenzierung mittelbäuerlicher Wirtschaften einerseits und Stärkung großbäuerlicher Höfe und agrarischer Großbetriebe andererseits – trotz des ideologisch geprägten Leitbildes des sogenannten Bäuerlichen Familienbetriebs.<sup>7</sup> Gemäß der Engelsschen Überlegungen<sup>8</sup> setzte die SED diesem Entwicklungspfad das Konzept genossenschaftlicher Großbetriebe entgegen, als sie Kurs auf eine antikapitalistische Umformung nahm. Bauern sollen

---

DDR, Bd. VI. Berlin 1996, S.337-373, besonders S.351-366. – Aus Kürzungszwängen wird hier auf eine umfassende Auflistung der benutzten Arbeiten verzichtet. Siehe statt dessen Kuntsche, Kampf um die Köpfe, Anm. 8. Nachzutragen sind Daniela Münkel: Staatssicherheit im „sozialistischen Frühling“ 1960. Der Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft im Spiegel der MfS-Berichte an die SED-Führung, in: Deutschland Archiv, 2010, H. 3, S.470-478, und Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, 2. überarb. Auflage, Berlin 1997, S.69-104 (Abschnitt Zwangskollektivierung. Der Klassenkampf auf dem Lande 1952 bis 1961). Eigene Recherchen konzentrierten sich auf das SED-Archiv im Bundesarchiv: BArch, NY 4182, Nachlass Walter Ulbricht, insbes. die Ausarbeitungen des agrarpolitischen Referenten Karl Gutjahr; DY 30 IV 2/7, ZK-Sekretariat, Abt. Landwirtschaft; DY 30 IV 2/5, Leitende Parteiorgane, Informationsberichte 1960. Soweit nicht anders angegeben, basieren Zahlenangaben auf dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1960/61, Berlin 1961.

6 Siehe Arnd Bauerkämper: Kollektivierung in der DDR und agrarischer Strukturwandel in der Bundesrepublik – zwei Modernisierungspfade, in: Ilona Buchsteiner/Siegfried Kuntsche (Hrsg.): Agrargenossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart, Rostock 2004, S.45-58.

7 Peter Sinkwitz nach Untersuchung der Genese und der tatsächlichen Entwicklungstrends: Das Leitbild habe bei seiner Entstehung 1955 ohnehin nur einem Drittel der Betriebe entsprochen, sei rückwärts gewandt als Modernisierungsvorbehalt formuliert worden und 1993 angesichts der tatsächlichen Entwicklung als offizielles agrarpolitisches Leitbild fallen gelassen worden. Außerdem: „Nicht übersehen werden darf ferner der angesichts des Kalten Krieges ideologisch-proklamatorische Charakter des Slogans ‚Freiheit und Eigentum‘, gemünzt auf den bäuerlichen Familienbetrieb im Gegensatz zur LPG als Ausdruck sowjetisch-kollektivistischen Gedankengutes.“ Peter Sinkwitz: Das Leitbild vom bäuerlichen Familienbetrieb – ein ideologisches Missverständnis?, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 2000, H. 2, S.189-196, hier S.194.

8 Siehe Friedrich Engels: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 22, S.499-504. Merkwürdigerweise hat diese Arbeit in der agrarökonomischen Literatur zu DDR-Zeiten eine untergeordnete Stelle gespielt. Man berief sich vielmehr auf den sogenannten Leninschen Genossenschaftsplan. Dieser war ein Stalinsches Konstrukt, das Lenins Gedanken in seiner Arbeit „Über das Genossenschaftswesen“ – primär auf eine Zusammenführung der Millionen Bauernwirtschaften in Handels- und Absatzgenossenschaften nach westeuropäischem Beispiel zielend – zum Konzept der sozialistischen Umformung erklärt hatte.

Bauern bleiben und sich eine Zukunft sichern durch schrittweisen Aufbau von Betrieben maschineller Großproduktion auf genossenschaftlicher Basis. Der V. Parteitag 1958 stellte als Hauptaufgabe, den Sozialismus zum Siege zu führen und binnen weniger Jahre die Wirtschaft so zu entwickeln, dass die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung sichtbar wird. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft sollte in diesem Sinne beschleunigt werden. Darin, dass im ersten Halbjahr erstmals eine größere Zahl von Bauern – Mittelbauern – den LPG beigetreten war, sah man Zeichen eines Umdenkens. Gewinnt die Mittelbauern!, hieß es.<sup>9</sup> In jedem Dorf eine LPG! Man orientierte vor allem auf die Bildung von LPG Typ I, um Einzelbauern den Schritt zu erleichtern.<sup>10</sup> Damit war auch der Weg frei. Im Dorf konnte nun neben einer bestehenden LPG Typ III für gemeinsame Pflanzen- und Tierproduktion eine Genossenschaft gebildet werden, bei der die lukrative Viehwirtschaft weiterhin individuell blieb. Der Ministerrat beschloss Maßnahmen, alle LPG wirtschaftlich zu festigen. Die LPG Typ III sollten bis spätestens 1960 in Pflanzen- und Tierproduktion die Leistungen der Einzelbauern überbieten und mit einem selbst erwirtschafteten Wert der Arbeitseinheit von 7 DM ihre Wirtschaftlichkeit nachweisen.<sup>11</sup> Man hoffte auf eine Vorbildwirkung dieser LPG.

Die auf dem V. Parteitag der SED ausgesprochene Erwartung einer verstärkten Gewinnung wirtschaftsstarker Mittelbauern erfüllte sich nicht. Im Gegenteil: Im ersten Halbjahr 1959 trat eine Stagnation ein.<sup>12</sup> Angesichts dieser Situation hielt es die SED-Führung Ende August 1959 für notwendig, die Bezirks- und Kreisleitungen auf eine Kursänderung zu drängen, die sozialistische Umgestaltung als Schwerpunkt anzusehen und gemeinsame Agitationseinsätze aller Parteien und Massenorganisation zu organisieren. Tatsächlich gelang es, die Stagnation zu überwinden. Der Kreis Gräfenhainichen konnte bis Mitte Oktober den Genos-

---

9 „Die Hauptaufmerksamkeit ist bei der Ausdehnung des sozialistischen Sektors vor allem auf die Einbeziehung weiterer guter und starker Mittelbauern in die Arbeit der LPG zu richten.“ Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1959, S.1378 (Beschluss).

10 Siehe Beschluss des Ministerrates zur Förderung der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft vom 12.6.58, in: GBl. DDR 1958, T. I, S.529.

11 Siehe ebenda, S.531.

12 Siehe Karl Gutjahr: Information über Aussprachen mit LPG-Vorsitzenden über die Ursachen der Stagnation [sic! S. K.] bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und über das gegenwärtige Verhalten der Großbauern, 30.6.59. BArch, NY 4182/1.082. Der persönliche Referent Walter Ulbrichts für Agrarfragen referierte den Standpunkt der LPG-Vorsitzenden wie folgt: „Die Hauptursache für den starken Rückgang des Eintritts von Bauern in die LPG ist das Nachlassen der offensiven Arbeit zur Gewinnung und Überzeugung der Einzelbauern für die LPG durch die örtlichen Partei- und Staatsorgane [...]. Der Kampf um die Erhöhung der Marktproduktion und um die Wirtschaftlichkeit aller LPG werde kaum mit der Gewinnung von Einzelbauern verbunden.“ Man könnte hier den Ausgangspunkt für die Kursänderung ab Ende August sehen, d. h. die Ansatzstelle für die neue massenpolitische Kampagne.

senschaftsanteil von 32 auf 68 Prozent der Nutzfläche anheben. Der Kreis Eilenburg meldete nach wochenlangem Einsatz von 600 Agitatoren in Brigaden der Nationalen Front am 12. Dezember die sogenannte Vollgenossenschaftlichkeit. Die Kreise Nebra und Quedlinburg kamen diesem Ziel nahe. Walter Ulbricht zog daraus die Schlussfolgerung, die LPG-Werbung als massenpolitische Aktion voranzutreiben, und forderte dies auf der Beratung mit den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen der SED am 19. Dezember 1959 nachdrücklich von zurückbleibenden Kreisen.

Gegenstand des sogenannten Landwirtschaftsplenums, der 7. Tagung des ZK der SED (10.-13. Dezember 1959), war die rasche Steigerung der Viehproduktion, wie sie der im September 1959 beschlossene Siebenjahrplan vorsah. Nach dem Vorbild der KPdSU hatte die SED die Aufgabe gestellt, die Überlegenheit des Sozialismus dadurch zu beweisen, dass die DDR die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch von Lebensmitteln und anderen Konsumgütern überholt. Der Produktivitätsabstand war erheblich, am geringsten noch bei Getreide, größer bei den Hackfrüchten und am größten bei den Tierbeständen und Leistungen der Tierproduktion. Die Gesamtleistungen der Viehhaltung je Großvieheinheit in Dezitonnen Getreideeinheiten betragen 1959 29,4 bzw. 36,0 Dezitonnen. 1965 standen sich 33 und 39,1 Dezitonnen gegenüber.<sup>13</sup>

*Hektarerträge in Dezitonnen je Hektar Landwirtschaftlicher Nutzfläche*

	Ist 1959		Zielstellung im Siebenjahrplan	Ist 1965	
	DDR	BRD		DDR	BRD
Getreide	24,4	29,0	30,5	29,2	28,2
Kartoffeln	161,3	215,6	245,0	177,2	231,1
Zuckerrüben	198,9	309,9	385,0	263,1	357,8
Ölfrüchte	13,7	21,3	19,5	18,4	20,0

13 Brutto-Bodenproduktion je Hektar Landwirtschaftliche Nutzfläche in Doppelzentner Getreideeinheiten (LN in dz GE): 1959 DDR 27,3 und BRD 30,6; 1965 DDR 32,8 und BRD 33,5. Leistungen der Tierhaltung je Großvieheinheit in dz GE: 1959 DDR 29,4 und BRD 36,0; 1965 DDR 33,0 und BRD 39,1. Die beiden nachfolgenden Tabellen sind zusammengestellt nach: Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1959 bis 1965 vom 1.10.1959, in: GBl. DDR 1959, T. I, Nr. 56, S.719.; Brutto-Bodenproduktion, tierische Leistungen und Hektarerträge nach: Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 5. Tätigkeitsbericht 1965/69, Bonn-Berlin 1969, S.264-266; Tierbestände nach Statistisches Jahrbuch 1960/61, Anhang III: Internationale Übersichten, S.48-50, und Statistisches Jahrbuch 1967, Berlin 1967, Anhang II: Internationale Übersichten, S.76-78.

*Viehbestände in Stück je 100 Hektar Landwirtschaftliche Nutzfläche*

	Ist 1959		Zielstellung im	Ist 1965	
	DDR	BRD	Siebenjahrplan	DDR	BRD
Rinder	69	88	78	75	97
Schweine	129	104	135,4	140	126
Schafe	33	8	40,3	31	6

Bereits 1961 zeigte sich in der gesamten Volkswirtschaft, dass die in der Sputnik-Euphorie formulierten Ziele weit überzogen waren. Kompetente Fachleute, die 1959 nur vorsichtig Bedenken gegen die rasanten Steigerungstempi geäußert hatten, waren nun an der neuen Perspektivplanung beteiligt.<sup>14</sup>

Das Startsignal für eine Kampagne zur Gewinnung aller Bauern war auf dem Landwirtschaftsplenum 1959 nicht erfolgt, auf dem mit zahlreichen Leitungskadern die Sachzwänge und Möglichkeiten einer raschen Steigerung vor allem der Tierproduktion beraten worden waren. Es wurde auch nicht in der Beratung des ZK der SED mit den Bezirks- und Kreissekretären vom 17. bis 19. Dezember gegeben, sondern erst in der nächsten Beratung am 27. Januar 1960. Hier erklärte Walter Ulbricht: „Das wichtigste Thema heißt jetzt Vergenossenschaftlichung. Wenn die Aufgabe, die der Landwirtschaft gestellt ist, nämlich hohe Erträge zu erzielen, ernst genommen wird, müssen wir überall das genossenschaftliche Dorf schaffen. Niemand ist in der Lage, sich dem zu entziehen. So ist die wirkliche Lage.“<sup>15</sup>

Das Protokoll zeigt, dass zu diesem Zeitpunkt im Führungskern der SED offensichtlich nach wie vor zwei unterschiedliche Linien verfolgt wurden. Eine vor allem von Agrarwissenschaftlern gestützte Gruppe war weiterhin der Meinung, dass angesichts des noch problematischen Entwicklungsniveaus des Genossenschaftssektors an dem Miteinander von sozialistischen Betrieben und Einzelbauern festzuhalten wäre und ein Absinken der Marktproduktion für den Fall eines abrupten Übergangs zur Vollgenossenschaftlichkeit zu befürchten sei. Ulbricht hingegen postulierte, die im Siebenjahrplan vorgegebene sprunghafte Produktionssteigerung sei nur auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse (und der maximal möglichen Steigerung der Produktionsmittelproduktion für die Landwirtschaft) erreichbar.<sup>16</sup> Das Festhalten der anderen an ihrer Linie hielt er

14 Die verhaltene Reaktion dieser auf dem Landwirtschaftsplenum im Dezember ist ablesbar an einer Bemerkung von Ulbricht selbst. Siehe Zitat in der Fußnote 16.

15 Schlußwort von Walter Ulbricht auf der Beratung mit den Bezirks- und Kreissekretären am 27.1.1960, in: Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. II, S.961f. Hier führte er zugleich aus: „Die ganze Arbeit wird also auf die Hauptaufgabe konzentriert, auf die Schaffung vollgenossenschaftlicher Dörfer. Das hat mit Druck nichts zu tun, denn eine konzentrierte Propaganda ist kein Druck. Wenn jemand meint, die Freiwilligkeit besteht darin, daß wir auf Propaganda verzichten, dann möchte ich wissen, wozu wir überhaupt da sind.“

16 „Wer von der Auffassung ausgeht, daß die Einzelbauern die Sache auch schaffen können, der hat überhaupt noch nicht verstanden, wozu es auf der 7. Tagung des ZK

für ein Prolongieren des vom ZK und auch vom Parteitag verworfenen Agrarkonzepts von Kurt Vieweg.<sup>17</sup>

Ulbricht hielt es für notwendig zu betonen, dass die Mitglieder der SED-Delegation, die zur Beratung der „Bruderparteien“ über die Steigerung der Agrarproduktion und die Überflügelung der entwickelten kapitalistischen Länder Anfang Februar nach Moskau reisen sollte, seine Position vertraten. Zu ihnen zählte der neue Landwirtschaftssekretär Gerhard Grüneberg, der am 11. Dezember 1959 in einer außerordentlichen Politbürositzung anstelle von Erich Mückenberger auf diesen Posten gesetzt worden war.<sup>18</sup>

Über die Vorgeschichte dieses Startsignals am 27. Januar ist viel diskutiert und auch spekuliert worden, insbesondere mit Blick auf die Initiative von Karl Mewis, der als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock und Kandidat des Politbüros schon am 14./15. Januar im Bezirk Rostock eine Kampagne ausgelöst hatte.<sup>19</sup> Es konnte bisher zwar nicht nachgewiesen werden, ergibt sich aber als logische Deduktion:<sup>20</sup> Die Entscheidung wurde vor dem 27. Januar getroffen, und der Initiative von Mewis am 14./15. Januar ging zweifellos eine Positionierung des Generalsekretärs Ulbricht voraus. Es wäre naheliegend, das Startsignal mit der Moskauer Beratung in Verbindung zu bringen. Wahrscheinlicher aber ist, dass die Vollgenossenschaftlichkeit im Kreis Eilenburg (Bezirk Leipzig), die im Dezember 1959 erreicht war, als Präzedenzfall zum Ausgangspunkt genommen und dann mit dem Bezirk Rostock probeweise eine allgemeine Kampagne inszeniert wurde.<sup>21</sup> Eine Rolle dürfte gewiss das für Mai anberaumte Pariser Spitzen-

ging. Es ist doch kein Zufall, daß bei den Vorschlägen oder Berichten, die wir bekommen haben, alle Zahlen über die Erhöhung des Viehbestandes, über die Erhöhung der Milchproduktion und die Steigerung der Arbeitsproduktivität viel zu niedrig sind, mit Ausnahme der fortgeschrittenen Produktionsgenossenschaften.“ Ebenda, S.956.

17 Siehe Michael F. Scholz: Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg, Berlin 1997, besonders S.178-201. Zur Biografie siehe Helmut Müller-Enbergs u. a. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR?, Berlin 2010, S.1358f. (Kuntsche).

18 BAArch, DY 30 IV 2/7/188. Biografien siehe Müller-Enbergs u. a. (Hrsg.), Wer war wer, S.447 bzw. 904.

19 Schöne, Frühling, S.205, postuliert die zentrale Lenkung durch die SED-Führung und weist die These von Monika Kaiser zurück, es habe sich um ein „Husarenstück“ von Mewis gehandelt. Kaiser hatte auf der Basis ihrer Befragungen von Mewis dessen Selbstdarstellung übernommen, er habe ohne Absprache mit Ulbricht, jedoch auf „Empfehlung“ des in Rostock residierenden Generalkonsuls der UdSSR das Startsignal für die Aktion im Bezirk Rostock gegeben. Siehe Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997, S.58, besonders Anm. 9.

20 Siehe Schöne, Frühling, S.205. Bemerkenswert ist, dass in der turnusmäßigen Beratung des Politbüros am 12. Januar, auf der nachweislich Ulbricht und Mewis zusammentrafen, *nicht* zur Sprache kam (bzw. im Protokoll unerwähnt blieb), dass die Rostocker SED-Bezirksleitung auftragsgemäß eine vielleicht als Probe angesehene, beispielgebende Kampagne zu starten habe. Siehe ebenda, Anm. 431.

21 Siehe auch ebenda, S.204, 212.

treffen der Siegermächte gespielt haben, das über eine politische Entspannung in der Welt und in Deutschland beraten und eine Entscheidung der deutschen Frage bringen sollte.<sup>22</sup> Dafür spricht auch, dass Bauern in der Agitationskampag-

---

22 Der schließlich am 17. April von der SED vorgelegte „Deutschlandplan des Volkes“ sah einen nationalen Kompromiss zur friedlichen Lösung der deutschen Frage vor. In dieser Politik wurde offenbar der Herbeiführung des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Dorf als markantes Signal souveräner Machtausübung besonderes Gewicht gegeben. Wenig wahrscheinlich ist hier ein Alleingang der SED. Vermutlich gab es eine Abrede mit der KPdSU, da die Stärkung der DDR als sozialistischer Staat im gemeinsamen Interesse lag. Möglicherweise spielte der Kurs zur Vollgenossenschaftlichkeit auch auf der Beratung von Chruščev mit Ulbricht und Grotewohl im Anschluss an das Moskauer Treffen am 5.2.1960 im Hinblick auf die bevorstehende Gipfelkonferenz eine Rolle. Die einzigen Quellenzeugnisse sind bisher Positionierungen von Bundestag und Bundesregierung. In der Kabinettsitzung zur Vorbereitung einer öffentlichen Stellungnahme zur Bauernpolitik der SED führte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Lemmer aus: „Es könne übrigens keinem Zweifel unterliegen, daß der Gedanke der Durchführung der Kollektivierung erst im letzten Winter in Moskau entwickelt und dabei auch beschlossen worden sei, alles zu tun, um die Kollektivierung noch vor Beginn der Gipfelkonferenz restlos abschließen zu können und damit vollendete Tatsachen zu schaffen.“ (102. Kabinettsitzung am 30.3.1960, Tagesordnungspunkt „Proteste der Bundesregierung gegen Zwangsmaßnahmen der Pankower Machthaber gegenüber den noch selbständigen Bauern in der sowjetischen Besatzungszone“. Edition des Bundesarchivs „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online) Namens der Bundesregierung erklärte Minister Lemmer dann am 6. April im Bundestag: „Landwirtschaftliche Sachverständige haben die Frage gestellt: wie ist das Regime Ulbricht auf den Gedanken gekommen, in einem Augenblick die Unruhe in die landwirtschaftliche Produktion eines minderversorgten Gebietes hineinzutragen, wo die Frühjahrsbestellung begonnen hat und der Bauer in Ruhe seine Aussaat muß vornehmen können. Warum ist dieser Akt nicht nach der Ernte am Anfang des Winters vor sich gegangen? Da kann ich persönlich als der Ressortverwalter für gesamtdeutsche Fragen nur eine Vermutung aussprechen, nämlich die, daß die vierte Weltmacht, die in den nächsten Wochen über das Schicksal unseres Volkes und seiner Hauptstadt beraten will, entschlossen ist, vor Zusammentreten der Gipfelkonferenz vollendete Tatsachen zu schaffen, um den anderen Teil Deutschlands für sozialistisch-leninistisch perfektioniert erklären zu können.“ (Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, 108. Sitzung, 6. April 1960, S.5889) Auf Absprachen könnte auch eine Äußerung von Mewis im Interview von Monika Kaiser 1981 hindeuten. (siehe Fußnote 18). Der deutsch-deutsche Handlungsrahmen leuchtet in der Regierungserklärung von Walter Ulbricht vor der Volkskammer am 25. 4.1960 auf: „Hunderttausende Bauern und Bäuerinnen traten mit der Überzeugung der LPG bei, daß die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft die Arbeiter-und-Bauern-Macht stärkt und der Friedenspolitik der DDR im Kampf gegen die Atomkriegs- und Annexionsbestrebungen der Bonner Militaristen größeres Gewicht verleiht. Der Zusammenschluß der Bauern in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften war ein Volksentscheid für den Frieden“. (Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. II, S.1163f., Hervorhebung S. K.). Siehe zur Gesamtproblematik die Sicht von Hans Reichelt: „Die Beschleunigung nach 1958 und der Abschluß 1959/60 schienen mehrere Gründe gehabt zu haben. Die Umgestaltung der Landwirtschaft vollzog sich bei offener Grenze zur BRD und Westberlin. In der Härte der Auseinandersetzung

ne neben Sachargumenten vielfach mit der suggestiven Fragestellung „Bist Du für den Frieden?“ konfrontiert wurden.

## 2. Die Ausgangssituation: der Genossenschaftssektor Ende 1959<sup>23</sup>

Ende 1959 bestanden 10.132 LPG. 6.535 Genossenschaften gehörten dem Typ III an, 3.507 dem Typ I und 90 dem Typ II. Die Zahl der LPG war seit Jahresbeginn um 500 gewachsen, vor allem durch die Bildung von LPG Typ I. Die meisten LPG Typ III bestanden schon seit Jahren. Sie waren in der Mehrzahl aus ehemaligen Örtlichen Landwirtschaftsbetrieben hervorgegangen, denen zwangsverwaltete oder verlassene Flächen vom Staat zur Nutzung übergeben worden waren. 1959 waren nach der Überwindung der im ersten Halbjahr eingetretenen Stagnation<sup>24</sup> 26.276 Hofbesitzer den LPG beigetreten oder hatten eine neue LPG gebildet.<sup>25</sup> Das Wachstumstempo hatte sich gegenüber dem Vorjahr, in dem reichlich 50.000 Bauern zu den LPG gekommen waren, erheblich verringert. Nach dem sozialen Herkommen wirtschafteten in den Genossenschaften 226.605 Bauern und deren Familienangehörige, 129.752 Landarbeiter und 40.634 Industriearbeiter.

Ende 1959 existierten 367 vollgenossenschaftliche Dörfer und „etwa 1.500 Dörfer, in denen alle oder fast alle Bauern der LPG angehören“.<sup>26</sup> In 883 Gemeinden bestand jedoch noch keine LPG.<sup>27</sup> Die LPG bewirtschafteten zu diesem Zeitpunkt 43,5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Für die Einzelbauern errechnet sich ein Bodenanteil von rund 48 Prozent. Zwischen den Bezirken gab es große Unterschiede. An der Spitze stand Halle mit einem Nutzflächenanteil der LPG von 64 Prozent, gefolgt von Rostock und Leipzig. Zurück lagen vor allem die Bezirke Suhl, Karl-Marx-Stadt, Cottbus, Erfurt und Dresden – wegen der Dominanz von Altbauern in jahrhundertelanger Erbfolge bzw. wegen des hohen Anteils kleinbäuerlicher Betriebe und Nebenerwerbswirtschaften.

---

im Kalten Krieg setzte die SED-Führung auf die Stärkung und Stabilisierung der DDR“. (Hans Reichelt: Blockflöten – oder was? Zur Geschichte der DBD, Berlin 1997, S.180f.) Reichelt hielt als Landwirtschaftsminister das Hauptreferat auf der 7. ZK-Tagung im Dezember 1959 und nahm an der agrarpolitischen Moskauer Konferenz Anfang Februar 1960 teil. Zur Biografie siehe Müller-Enbergs u. a. (Hrsg.), Wer war wer, S.1052 (Kunt-sche).

23 Der Abschnitt stützt sich vor allem auf Nehrig, Kampf um den Sieg, insbes. S.79-109.

24 Siehe Gutjahr, Information über Aussprachen, Bl. 62f.

25 Abweichend von anderen Zahlenreihen bietet das Statistische Jahrbuch für 1959 in dieser Tabelle nur die Werte für November an. Siehe Statistisches Jahrbuch 1960/61, S.428.

26 Diskussionsbeitrag von Walter Ulbricht auf der Moskauer Agrarkonferenz 2./3.2.60: BArch, DY 30 IV 2/7/188, Bl. 78, 83. In der Regierungserklärung vor der Volkskammer am 25.4.1960 sprach Ulbricht dann von 389 Gemeinden. Siehe Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. II, S.1178.

27 Siehe Schöne, Frühling, S.206. Es gab 8.611 ländliche Gemeinden mit bis zu 3.000 Einwohnern und 548 Gemeinden mit einem starken bäuerlichen Bevölkerungsanteil.



1959 war der Genossenschaftssektor in der wirtschaftlichen Entwicklung gut vorangekommen. In der Arbeitsproduktivität hatten die LPG dank des Maschineneinsatzes der MTS bzw. der den LPG Typ III leihweise übergebenen Maschinen und Traktoren bereits seit geraumer Zeit einen Vorsprung. Sie erreichten bei Getreide, Ölfrüchten und Faserpflanzen schon höhere Erträge als die Einzelbauern – in Getreideeinheiten je Hektar berechnet 24,1 Dezitonnen gegenüber 22,9 Dezitonnen.<sup>28</sup> Die LPG Typ III hatten ihre Viehbestände gegenüber 1958 erheblich vergrößert: bei Rindern auf 120 Prozent (Kühe auf 110 Prozent) und Schweinen auf 124 Prozent.<sup>29</sup> Im Vergleich zu 1958 konnten sie ihre Marktproduktion je Hektar Nutzfläche bei tierischen Erzeugnissen stark erhöhen: bei Schlachtvieh (ohne Schweine, da hier ein leichter Rückgang eintrat) um 48 Prozent, bei Milch um 15 Prozent und bei Eiern um 30 Prozent. Zwar standen die LPG im Hektarbesatz noch hinter den Einzelbauern zurück, schlossen tendenziell aber rasch auf, wozu der bevorzugte Viehverkauf durch staatliche Kontore beitrug. Der Viehbesatz je 100 Hektar/Landwirtschaftliche Nutzfläche in Großvieheinheiten (GVE) betrug im Durchschnitt aller landwirtschaftlichen Betriebe bei Rindern 51,7 und bei Schweinen 13,3 Einheiten, bei den LPG Typ III 45,9 und bei Schweinen 12,5 Einheiten. Die Einzelbauern erreichten 1959 vor allem bei den handarbeitsintensiven Hackfruchtkulturen dank des erheblich größeren Arbeitskräftebestandes höhere Erträge. Noch ausgeprägter war ihr Übergewicht in der Viehwirtschaft – dem unter den gegebenen Preisverhältnissen lukrativsten Wirtschaftszweig.

Der Anteil der LPG an der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion machte 1959 32,7 Prozent aus, der der volkseigenen Landwirtschaftsbetriebe 14,9 Prozent.<sup>30</sup> Daraus errechnet sich für die einzelbäuerlichen und sonstigen Betriebe ein Anteil von 52,4 Prozent.

Als Folge der Leistungssteigerung in der Pflanzen- und Tierproduktion wuchsen die genossenschaftlichen Geldeinkünfte je Hektar um 31 Prozent auf 447 Mark. Hatte der reale Wert der Arbeitseinheit 1958 noch bei 4,42 Mark gelegen, so betrug er nun 6 Mark. Je Arbeitseinheit machten die Geld- und Naturaleinkünfte zusammen 9,03 Mark aus gegenüber 8,27 Mark im Vorjahr. Damit ergab sich bei 352 Arbeitseinheiten ein durchschnittliches jährliches Einkommen aus der genossenschaftlichen Arbeit von 3.179 Mark, wozu noch Geldeinnahmen aus der individuellen Hauswirtschaft kamen. Zum Vergleich: Ein vollbeschäftigter Produktionsarbeiter in der volkseigenen Industrie verdiente 6.552 Mark.<sup>31</sup>

Ohne Zweifel holten also viele wirtschaftsschwache LPG 1959 erheblich auf, aber hinter den Durchschnittszahlen verbargen sich große Differenzen. Sie waren den unterschiedlichen Bodenwerten, dem Arbeitskräftebesatz, den Ausgangsbedingungen und dem Niveau der genossenschaftlichen Leitung und Arbeit

---

28 Siehe Nehrig, Kampf um den Sieg, S.90, nach BArch, DY 30 IV 2/7/356.

29 Siehe ebenda. Angaben einer Analyse der SPK vom 29.2.1960.

30 Siehe Statistisches Jahrbuch 1960/61, S.7.

31 Siehe ebenda, S.357.

geschuldet. Immerhin benötigten 1959 noch 58 Prozent der LPG Typ III staatliche Wirtschaftsbeihilfen, um die garantierte Auszahlung von 7 Mark<sup>32</sup> an die Genossenschaftsmitglieder tätigen zu können. Während die LPG Typ III der Bezirke Halle, Rostock, Gera und Leipzig die Arbeitseinheit mit mehr als 7 Mark berechnen konnten, blieben sie in den Bezirken Frankfurt, Potsdam, Schwerin und Neubrandenburg unter 5 Mark.<sup>33</sup> Im Bezirk Frankfurt erreichten 79 Prozent der LPG Typ III nicht den Sollwert von 7 Mark.<sup>34</sup> Man muss bei diesen Zahlen bedenken, dass neben den Geld- und Naturalzahlungen an die Mitglieder auch Gewinne zu erwirtschaften waren, um eine erweiterte Reproduktion zu erreichen und die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. 1959 erhöhten die LPG Typ III ihre produktionsfördernden Ausgaben auf 115 Prozent – für Saat- und Pflanzgut, für Düngemittel, für Futtermittel, für den Zukauf von Zuchtvieh und die Erwerbung technischer Ausrüstungen, für Meliorationen und MTS-Leistungen.

Zur Lage der Einzelbauern schreibt Christel Nehrig: „Die ökonomische Lage der überwiegenden Zahl werktätiger Einzelbauern hatte sich Ende der 50er Jahre gefestigt. Das ergaben die repräsentativen Betriebsuntersuchungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik sowie Erhebungen der Staatlichen Plankommission. Jedoch erreichten sie ihre höheren Produktionsergebnisse nur unter erheblichem Mehraufwand an Arbeit durch alle Familienarbeitskräfte, besonders aber durch die Bäuerin. Die Grenze der Belastbarkeit war für viele erreicht. Trotzdem fiel den meisten die Entscheidung für die LPG schwer. Der soziale Differenzierungsprozess auf dem Lande war durch die Veränderungen im Preis- und Lohnsystem nur eingeschränkt, aber nicht aufgehalten worden. Einkommensmäßig standen die wirtschaftsstarken Mittelbauern und die meisten Großbauern gut da. Stets hatten sie sich veränderten Bedingungen angepasst und das produziert, was Geld brachte.“ Die Autorin teilt mit, dass 1959 das durchschnittliche Jahreseinkommen im einzelbäuerlichen Betrieb je mitarbeitendes Familienmitglied 4.290 Mark betrug, in einem Fünftel aller Betriebe über 20 Hektar jedoch elftausend Mark. Nehrig konstatiert, dass die meisten Einzelbauern 1959 „ihre Perspektive noch nicht in den LPG [sahen]“.<sup>35</sup>

### 3. Das vollgenossenschaftliche Dorf 1960

„De Appel is riep“ (Der Apfel ist reif), entgegnete der Rostocker SED-Bezirkssekretär Karl Mewis bei Beginn der Kampagne den widerstrebenden Ka-

---

32 Ministerratsbeschluss vom 12.6.1958, in: GBl. DDR 1958, T. I, S.53: „Um den Mitgliedern wirtschaftsschwacher LPG Typ III einen Geldwert von 7 DM je Arbeitseinheit aus der genossenschaftlichen Produktion zu sichern, kann eine Wirtschaftsbeihilfe zur teilweisen Deckung der Produktionsausgaben gewährt werden.“

33 BArch, DY 30 IV 2/7/356, Bl. 282. 27 Prozent der LPG Typ III insgesamt lagen unter drei Mark. Ebenda, Bl. 192: Aufstellung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für 1956 bis 1959.

34 Siehe Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft, S.540.

35 Nehrig, Kampf um den Sieg, S.98f.

veldorfer Bauern im Kreis Ribnitz-Damgarten.<sup>36</sup> Der Slogan wurde zu einem geflügelten Wort in der Agitationskampagne.

Am 4. März meldete der Bezirk Rostock als erster die „Vollgenossenschaftlichkeit“. Neubrandenburg folgte am 12., Schwerin am 29. März. Am 14. April endete die Kampagne im Bezirk Karl-Marx-Stadt.<sup>37</sup> Bis auf 18.821 Hofbesitzer<sup>38</sup> waren nunmehr alle Bauern in den LPG. Die LPG verfügten jetzt über 84,2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. 1960 gelangten 266.136 bäuerliche Höfe in den Genossenschaftssektor.<sup>39</sup> Das waren zwei Drittel aller Höfe, die die Jahre seit 1952 überdauert hatten. Im Unterschied zu den Vorjahren handelte es sich um wirtschaftsstabile Höfe überwiegend mittelbäuerlichen Charakters. Diese hatten es mit immensem Fleiß der ganzen Familie, mit mehr oder weniger Traktorenhilfe der MTS, nicht zuletzt aber dank des gesicherten Absatzes der Agrarprodukte und der lukrativen „Freien Spitzen“ zu einigem Wohlstand gebracht.

Die LPG in der DDR hatten nun insgesamt 945.020 Mitglieder. 71 Prozent kamen aus den bäuerlichen Familien und 17 Prozent aus Landarbeiterfamilien. Fünf Prozent waren Industriearbeiter und deren Familienangehörige. Einzelgärtner und deren Familienangehörige, Handwerker und Verwaltungsangestellte waren mit einem Prozent dabei. Hervorzuheben ist, dass 23.241 Bauern über 20 Hektar, also in der Mehrzahl Hofbesitzer großbäuerlichen Charakters, in die LPG gekommen waren. Mithin hatten 78,4 Prozent der 1954 bestehenden Höfe mit mehr als 20 Hektar/Landwirtschaftliche Nutzfläche (29.627) bis 1960 überlebt, bezogen auf die Mitte 1952 bestehenden 45.395 Höfe allerdings nur 51,2 Prozent.<sup>40</sup>

Es bestanden nunmehr 19.319 LPG, davon 12.969 LPG Typ I und II. Die Zahl der LPG Typ I/II war damit binnen dreier Monate um beinahe die Hälfte ge-

---

36 Siehe Als damals im Frühling ‚de Appel riep‘ war. Die Bewegung 1960 auf dem Lande. Interview Ottomar Harbauer mit Karl Mewis, in: Berliner Zeitung, 16.8.1984. In der „Ostsee-Zeitung“ ist im Zeitraum von Januar bis März über eine solche Bauernversammlung nicht berichtet worden. Die Entstehung des Slogans ist unklar. Unter der Frage „Is de Appel all riep?“ berichtete Jochen Preußler in einer Artikelfolge über Aussprachen einer Agitationsbrigade des Rates des Kreises mit Einzelbauern im Ortsteil Carlsthal der Gemeinde Breesen im Kreis Ribnitz-Damgarten. Hier traten die Bauern mit diesen Worten in die Diskussion ein. Siehe Ostsee-Zeitung, 1.2.1960. Weitere Beiträge: 4. und 6.2.1960.

37 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil III: Von 1945 bis 1963, Berlin 1967, S.689, 692.

38 BArch, DY 30 IV 2/7/357, Bl. 111: Statistik per 30.4.1960 zur Umgestaltung. Schon bei Prokop, Übergang zum Sozialismus, S.205.

39 Errechnet nach Statistisches Jahrbuch 1960/61, S.428 (Angaben per 31.5.1960).

40 Siehe Joachim Piskol: Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1991, S.419-433, hier S.428, 431. Zum Jahr 1954: Zahl nach der Rückgabe beschlagnahmter Höfe und vor Aufhebung der Zugangssperre zu den LPG. Zur Großbauernpolitik 1952/53 siehe auch Elke Scherstjanoi: SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949-1953, München 2007, S.457-519, insbes. S.502, 511f.

wachsen. In einem Drittel der Gemeinden existierten zwei bis drei LPG Typ I, in den meisten zudem eine LPG Typ III. Im Falle der LPG Typ III war der Beitritt bisheriger Einzelbauern die Regel, nicht die Neubildung. Die LPG Typ III bewirtschafteten 63 Prozent der genossenschaftlich genutzten Flächen. 80 Prozent der LPG dieses Typs III bestanden schon länger als fünf Jahre und bildeten schließlich den Kern des Genossenschaftssektors. An die individuelle Viehwirtschaft in den LPG Typ I/II waren 35 Prozent der Rinder und 29 Prozent der Schweine gebunden. Die LPG Typ III hatten eine Durchschnittsgröße von 357 Hektar, die LPG Typ I/II 154 Hektar. 14 Prozent der LPG Typ I/II verfügten sogar über weniger als 50 Hektar. Nur vier Prozent aller LPG entsprachen den Vorstellungen der Fachleute von einer optimalen Betriebsgröße, die unter den damaligen Bedingungen mit 1.500 bis 2.500 Hektar beziffert wurde.<sup>41</sup>

Die gesellschaftliche Relevanz der vollgenossenschaftlichen Formierung der bäuerlichen Landwirtschaft reicht über die genannten Zahlenwerte weit hinaus. In den Dokumenten der kommunistischen Bewegung war die Gewinnung der Bauern für den Sozialismus stets als schwierigste Aufgabe gekennzeichnet worden.<sup>42</sup> Nun, 1960, hieß es, die Vollgenossenschaftlichkeit bedeute, „daß nunmehr auch in der Landwirtschaft die Grundlagen des Sozialismus geschaffen sind [...]. Jetzt sind in der Landwirtschaft der DDR einheitliche sozialistische Produktionsverhältnisse entstanden.“<sup>43</sup>

Die Bildung von LPG 1960 war zunächst nur ein juristischer Akt: die Konstituierung genossenschaftlicher Produktionsverhältnisse auf dem Papier - nicht weniger, aber auch nicht mehr. Das war sozusagen der erste Schritt zu neuen Produktionsverhältnissen als Bewegungsform der agrarischen Produktivkräfte, jedoch noch nicht diese selbst. Nachdem es zunächst um die Aufnahme des genossenschaftlichen Wirtschaftens gegangen war, hieß es zum Jahresende beim VI. Deutschen Bauerntag (8.-11. Dezember 1960), „gute genossenschaftliche Arbeit“ sei nötig.<sup>44</sup>

Ohne lange begrifflich zu argumentieren, sei bemerkt: Sieg des Sozialismus hätte eine neue Produktionsweise bedeuten müssen – mit einer Produktivität höher als die der kapitalistischen Agrarwirtschaft. Unter den Bedingungen des letzten Drittels des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts konnte eine solche Produktionsweise nur erreicht werden im Übergang zu einer von der Wissenschaft geleiteten, mit industrieähnlichen Methoden betriebenen landwirtschaftlichen Großproduktion – gestützt auf die wissenschaftlich-technischen Errungenschaften,

41 Siehe Matschke, *Entwicklung der Agrarpolitik*, S.6f.

42 Siehe beispielsweise Beschluß des V. SED-Parteitags 1958: „Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ist die komplizierteste Aufgabe der Arbeiterklasse in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.“ Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages, S.1374.

43 Regierungserklärung von Walter Ulbricht am 25.4.1960, in: Ulbricht, *Bauernbefreiung*, Bd. II, S.1160.

44 „Wir verpflichten uns, das Jahr 1961 zum Jahr der guten genossenschaftlichen Arbeit zu machen“. Beschluß des VI. Deutschen Bauerntages, in: ebenda, S.1550.

insbesondere auf EDV und Biotechnologie. 1960 war also bestenfalls ein erster Schritt auf einem langen Weg.

#### 4. Das Dilemma: Widerstrebende Bauern

Die SED-Politik zur Vergenossenschaftung befand sich mehrfach in einem Dilemma. Wesentliche materielle wie mentale Vorbedingungen für eine freiwillige Entscheidung zum LPG-Beitritt waren 1960 nicht gegeben.

*Erstens:* Es fehlten weitgehend die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen für den generellen Übergang zur agraren Großproduktion. Nur in einer Reihe von Beispiel-LPG war die Pflanzenproduktion vollmechanisiert und die Mechanisierung der Tierproduktion auf gutem Wege. Die Bauern hatten tagtäglich die volkswirtschaftlichen Engpässe bei Mineraldünger, Ersatzteilen für Traktoren und Maschinen, bei Baumaterialien usw. vor Augen. Beispielsweise stand bei der beginnenden Frühjahrsbestellung 1960 ein Zehntel der Traktoren nicht zur Verfügung, weil Ersatzteile fehlten.<sup>45</sup> Die Bauern sahen mit kritischem Blick auf eine primitive Offenstallhaltung. Wie sollten sie glauben, für die neuen LPG sei das Allernötigste für eine Großraumwirtschaft rasch zur Stelle? Die bäuerliche Skepsis leitete umso mehr das Denken und Handeln, als viele meinten, aus ihren Einzelwirtschaften noch mehr herausholen zu können. Die Volkswirtschaftsplanung ging Ende der 50er-Jahre von folgendem Ansatz aus: Voraussetzungen für eine durchgängige Großraumwirtschaft können erst Mitte der 60er-Jahre gegeben sein, frühestens 1963.<sup>46</sup>

*Zweitens:* Es bestand eine hohe Hemmschwelle für einen Beitritt zur LPG. Der Zustand der meisten LPG, ihr niedriges Entwicklungsniveau, machte genossenschaftliche Produktion nicht attraktiv.<sup>47</sup> Freilich gab es in jedem Kreis zumindest eine beispielgebende Genossenschaft. Jeder wusste jedoch: Diese Leuchttürme hatten eine besondere materielle und personelle Förderung erfahren.

---

45 Angaben bei Matschke, Entwicklung der Agrarpolitik, S.54.

46 Nach dem 33. ZK-Plenum waren die SED-Bezirksleitungen im November 1957 darauf orientiert worden, die Hälfte der Einzelbauern bis Ende 1960 für die LPG zu gewinnen. Im August 1958 hatte dann die Agrarkommission in ihrer konstituierenden Sitzung dem Politbüro den Vorschlag unterbreitet, bis Ende 1963 alle Bauern in Genossenschaften zusammenzuschließen. Siehe Matschke, Entwicklung der Agrarpolitik, S.3, Anm. 13 (BArch, DY 30 IV 2/7/364, 2/7/33).

47 Siehe dazu Walter Ulbricht auf der Beratung mit den SED-Bezirks- und Kreissekretären vom 17.-19.12.1959 in Leipzig in Zurückweisung der Behauptung, „die reichen Mittelbauern könnten nicht gewonnen werden, weil sie konservativ seien: „Diese Mittelbauern sind sehr kluge Leute, die sehr gut rechnen gelernt haben. Es sind Leute, die etwas von der Landwirtschaftswissenschaft verstehen. Es sind Leute, die sich sehr gut ausrechnen können, wie sich ihre Lage entwickeln wird, wenn ihr Dorf ein genossenschaftliches Dorf sein wird. [...] Aber was hindert sie denn? Sie bedrückt, daß ein Teil der LPG noch schwach ist und die Bezahlung der Arbeitseinheiten in einer Anzahl LPG noch ‚unter dem Strich‘ oder unter vier DM ist.“ Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. II, S.947.

Die meisten Einzelbauern sahen sich im eigenen Dorf oder Nachbarort mit einer wirtschaftsschwachen LPG Typ III konfrontiert. Diese Betriebe standen im Leistungsniveau trotz staatlicher Vergünstigungen zurück und konnten ihren Mitgliedern nur geringe Verbesserungen in ihrer Lebenslage bieten. Überwiegend waren diese Genossenschaften nicht von Bauern gebildet worden, sondern aus Betrieben hervorgegangen, die die Flächen ehemaliger Großbauern und auch von Neubauern zu bewirtschaften hatten. Dadurch war eine Deformierung des genossenschaftlichen Sektors eingetreten.<sup>48</sup>

Es bestätigte sich 1960, was erfahrene SED-Führungskader natürlich wussten: Bauern sind nur dann vom Neuen zu überzeugen, wenn sie es am praktischen Beispiel erleben. Der Vorsprung des Kreises Wismar als erster vollgenossenschaftlicher Kreis im Norden erklärt sich wohl auch daraus, dass dort schon 1959 ein Wert der Arbeitseinheit von 8,80 Mark erreicht worden war. Diese Angabe geht auf ein Interview des „Neuen Deutschland“ mit Karl Mewis im März 1960 zurück, in dem er konkret widerstrebendes Verhalten und Argumente von LPG-Gegnern benannte: „Wir haben Zeit, es ist noch nicht alles ausge-reift.“, „Warum gerade jetzt?“, „Wir waren bisher unser eigener Herr; sollen wir wieder nach der Uhr, nach der Glocke [wie früher im Gutsbetrieb] arbeiten?“, „Wir verdienen als Einzelbauern mehr“.<sup>49</sup> Auf dem März-Plenum des ZK der SED führte Mewis verallgemeinernd aus: „In vielen Dörfern hat es Konflikte gegeben, die wir gar nicht richtig sahen, wo auf der einen Seite der Züchter oder der gute Landwirt erfolgreich individuell arbeitete, 20.000, 30.000, 40.000 Mark Überschuss im Jahr hatte, und auf der anderen Seite die LPG gezwungen war, sich auf kleinsten Flächen ohne Vieh mühselig durchs Leben zu quälen.“ Unter den 15.000 Einzelbauern im Januar seien 1.100 erfolgreiche Rinderzüchter gewesen, „darunter sehr viele Genossen.“<sup>50</sup> Es war also klar: Tief verwurzelter bäuerlicher Individualismus versperrte vielen die Sicht auf die künftigen Vorteile gemeinsamen Tuns. Sprichwörtlich abwertend hieß es oft: „Kumpanei ist Lumpe-rei!“

*Drittens:* Auf die Bauern der DDR übte alljährlich die „Grüne Woche“ in West-berlin eine faszinierende Anziehungskraft aus: „Wirtschaftswunder Bundesrepu-blik“! Die Verfügbarkeit moderner Produktionsmittel, vor allem an Landtechnik, hatte dort einen steilen Aufstieg von Flächen- und Arbeitsproduktivität bewirkt. Dass die Modernisierung vor allem zum Nutzen der größeren Höfe geschah und mit zunehmender Kreditbelastung verbunden war, übersah man oft. Das Verschwinden Zehntausender kleiner Bauernstellen wurde hingegen als marktwirt-

---

48 Siehe Dieter Schulz: Probleme der sozialen und politischen Entwicklung der Bauern und Landarbeiter in der DDR von 1949 bis 1955, Diss. A, Humboldt-Universität zu Berlin 1984 (MS).

49 De Appel is riep an de Waterkant. „ND“-Interview [Arnolf Kriener] mit Karl Mewis, Kandidat des Politbüros, über die sozialistische Umgestaltung im Ostseebezirk, in: Neues Deutschland, 12.3.1960.

50 Aus der Diskussion auf der 8. Tagung des Zentralkomitees: Genosse Karl Mewis: Wir bleiben auf dem Lande, in: Neues Deutschland, 3.4.1960.

schaftlich bedingtes „Wandern des Bodens zum besseren Wirt“ gesehen. Manchem Bauern schien der von der SPD propagierte „Dritte Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus plausibel. Auch die psychologisch geschickt betriebene Negativberichterstattung der westlichen Radiostationen hatte Wirkungen, vor allem die des Westberliner RIAS, der mittels eines ausgedehnten Informanten-netzes aus vielen Ecken der DDR berichtete. Nicht wenige Bauern zweifelten an der Dauerhaftigkeit der sozialistischen Perspektive.

### 5. Der Weg zur LPG

„Sozialistischer Frühling“ – diese Wortprägung tauchte erstmals im Leitartikel des „Neuen Deutschland“ vom 20. März 1960 auf.<sup>51</sup> Sie wurde bald zum geflügelten Wort und bestimmte bis zum Ende der DDR die Geschichtspublizistik. Aber Zehntausende von Bauern fühlten sich 1960 vor den Kopf gestoßen, weil man sie in die LPG drängte. Nicht die offiziell postulierte Freiwilligkeit war das Charakteristikum der Kampagne für die Vollgenossenschaftlichkeit, sondern politisch-ideologischer Druck. Nur eine Minderzahl von Bauern fand von sich aus den Weg in die LPG.<sup>52</sup>

Man kann davon ausgehen, dass die meisten Bauern wussten: Die Zukunft wird dem agraren Großbetrieb gehören. Jedoch sah man im eigenen Dorf die Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben und wollte ohnehin im Banne des tradierten Besitzdenkens solange wie möglich an der bäuerlichen Selbstständigkeit festhalten. So unterschrieben Bauern vielfach die Eintrittserklärung nur, weil sie spürten, die Staatsmacht werde so oder so die Vollgenossenschaftlichkeit durchsetzen – Widerstreben nutze nichts. Sträubten sie sich und ließen sich weder überreden noch mit Versprechungen locken, so wurden sie von Agitatoren hart bedrängt – vielfach mit grobschlächtigen Argumenten. Einzelne Höfe und Dörfer wurden tagelang regelrecht belagert. Hartnäckig widerstrebenden Bauern drohte man juristische Verfolgung an. Es kam zu Gesetzesverletzungen, polizeilichen Über-

---

51 Siehe Neues Deutschland, 20.3.1960: Sozialistischer Frühling. Der Leitartikel erschien als redaktioneller Beitrag, also ohne Hinweis auf einen Autor. Landwirtschaftsredakteur war zu dieser Zeit Arnolf Kriener. Zur Biografie siehe Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S.1005.

52 Unter Berufung auf Zeitzeugenberichte charakterisieren die seit 1990 entstandenen Arbeiten einhellig die Aktion als eine Kampagne politischen Drucks. Siehe vor allem die aus dem eigenen Miterleben verfassten Darstellungen: Gerhard Breitschuh u. a.: Thüringer Landwirtschaft zwischen 2. Weltkrieg und Wiedervereinigung, Jena 1999, S.26-28 (S.163f. Selbstzeugnis eines als Agitator eingesetzten MTS-Agronomen); Gerhard Krenz: Notizen zur Landwirtschaftsentwicklung in den Jahren 1945-1990. Erinnerungen und Bekenntnisse eines Zeitzeugen aus dem Bezirk Neubrandenburg, Schwerin 1996, S.70-73; Manfred Kipping: Die Bauern in Oberwiera. Landwirtschaft im Sächsisch-Thüringischen 1945 bis 1990, 2. korrigierte Auflage, Beucha 2000, S.92-104. Hartwig Prange berichtet die Schicksale von sechs Bauern in der Altmark (S.189-230) und teilt die Aussagen befragter Tierärzte mit (S.233-235); Hartwig Prange: Bauernschicksale. Die Landwirtschaft im Osten Deutschlands seit dem 2. Weltkrieg, 2. Auflage, Döbel 2007.

griffen und Verhaftungen. Bauern erlitten Nervenzusammenbrüche. Es gibt auch – allerdings bisher nicht überprüfte – Meldungen, dass Bauern ihrem Leben ein Ende setzten.<sup>53</sup>

Die eklatante Negierung des durchgängig seit 1952 deklarierten Freiwilligkeitsprinzips – ganz abgesehen von gesetzeswidrigen Zwangsmethoden – bedarf einer Erklärung.

Bei der Bildung von LPG gab es entgegen offizieller Bekundungen immer wieder heftige Verletzungen des Prinzips, insbesondere im 1. Halbjahr 1953 und auch 1958. Im Dezember 1959 setzte sich Walter Ulbricht mit „Überspitzungen“ auseinander. Er kritisierte den Kreis Riesa: Dort habe man die LPG-Entwicklung bisher dem „Selbstlauf überlassen“ und dann binnen zehn Tagen Versäumtes mittels einer „administrativen Arbeitsweise“ nachholen wollen, und er zitierte die selbstkritische Aussage der Kreisleitung Nebra, „daß hier und da einige Fehler und Überspitzungen vorgekommen sind.“<sup>54</sup> Auf dem 7. Plenum wies auch Ministerpräsident Otto Grotewohl nachdrücklich auf die Einhaltung des Freiwilligkeitsprinzips hin. Der Negativwirkungen eines Negierens dieses Prinzips war sich die Parteispitze bewusst: „Überspitzte Arbeitsmethoden können dem neuen Aufschwung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft nur Schaden zufügen, und wir dürfen sie deshalb nirgends dulden“, so der SED-Generalsekretär auf der 7. ZK-Tagung.<sup>55</sup>

---

53 Prange, Bauernschicksale, S.235, nach der systematischen Befragung von Tierärzten: „Zwei Tierärzte hatten von Selbstmorden gehört, und drei weitere Praktiker berichteten über Selbsttötungen bekannter Bauern in Weiden (1959), bei Stralsund (1960) und in Hirschroda (1960). Natürlich müssen derartige Aussagen mit Vorsicht bewertet werden, da die Zusammenhänge nicht bekannt sind. Gesundheitliche Folgen der Bedrängung wurden jedoch häufiger beobachtet, zwei Tierärzte haben darüber berichtet.“ Jörg Gerke referiert unkommentiert und ohne Quellennachweis die Behauptung von Kurt-Henning Klamroth, Präsident des Deutschen Bauernbundes, im Zusammenhang mit Repressivakten bei der LPG-Bildung hätten sich mindestens 5.000 Bauern das Leben genommen. (Siehe Jörg Gerke: Nehmt und euch wird gegeben. Das ostdeutsche Agrarkartell. Bauernlegen für neuen Großgrundbesitz und Agrarindustrie, Hamm 2008, S.98.) Bei der Veranstaltung des Deutschen Bauernbundes in Gegenwart von Klamroth bei der Enthüllung eines „Denkmals für die Opfer der Zwangskollektivierung“ am 25.4.2010 in Kyritz wurde von 200 Selbstmorden gesprochen. (Siehe Bericht der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ vom 26.4.2010) Der Deutsche Bauernbund – der CDU nahestehend – vertritt vor allem sogenannte Wiedereinrichter und entstand als Gegenorganisation zum Deutschen Bauernverband.

54 Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. II, S.906, 946.

55 Ebenda, S.906. Ähnlich hatte sich Ulbricht schon auf der VI. LPG-Konferenz am 20.2.1959 geäußert, als er die Praxis „einige[r] Mitarbeiter des Staatsapparates, der MTS und auch von Parteiorganen“ kritisierte, „die sozialistische Umgestaltung durch formal-administrative Methoden voranzubringen“, Prozentsätze festzulegen und Druck auszuüben und auch „an Stelle geduldiger Überzeugungsarbeit Drohungen auszusprechen“. Ebenda, S.774f.



Warum aber wurde die offensichtlich massive Verletzung des Freiwilligkeitsprinzips 1960 nicht geahndet – trotz der sonst streng durchgesetzten Pflicht zur Beschlusstreue? Hier ist festzustellen: Es gab weder einen ZK- noch einen Politbürobeschluss, den Übergang der Bauern in die Genossenschaften so zu beschleunigen, dass noch im Frühjahr 1960 die Vollgenossenschaftlichkeit erreicht werden kann. Von den zwei agrarpolitischen Linien, die im Januar 1960 in der Parteiführung bestanden, setzte sich die Linie des Generalsekretärs durch. Da die objektiven wie subjektiven Voraussetzungen für den freiwilligen Eintritt fehlten, konnte die Vollgenossenschaftlichkeit nur durch politischen Druck erreicht werden. Walter Ulbricht nahm also bewusst die Negativwirkungen in Kauf. Warum? Aus den bisher zugänglichen Dokumenten ist eine plausible Erklärung nicht zu entnehmen. Verhandlungsprotokolle wurden bei den Politbürositzungen nicht geführt. Zeugenberichte aus dem inneren Machtzirkel sind nicht bekannt. So sind zunächst nur Deduktionen möglich. Offensichtlich folgte der Kreis um den Generalsekretär aus den Erfolgen einiger Kreise, vor allem Eilenburg, es sei möglich, die wirtschaftsstarken Mittelbauern trotz ihrer gegenwärtigen Interessenlage, gesellschaftspolitischen Einstellung und Traditionsgebundenheit durch die Wucht einer breiten massenpolitischen Kampagne umgehend für die LPG zu gewinnen. Vielleicht fürchtete man einen Stillstand wie im ersten Halbjahr 1959, sofern man nicht in die Offensive ging. Zudem sah man – wie auch nachträglich mitgeteilt – Gründe, so rasch wie möglich zu handeln, um dem „Gegner“, den Regierenden in Bonn, keinen Spielraum für eine Einmischung zu geben. Wahrscheinlich wollte man vor dem Pariser Gipfeltreffen unverrückbare Tatsachen schaffen. Ein Journalist erfasste in der Geschichtsdebatte anlässlich des 50. Jahrestages der Kampagne intuitiv, was den Entscheidungsträgern damals wohl durch den Kopf ging: die Bauern zu ihrem Glück zu zwingen.<sup>56</sup> So oder so, der in der Schlussphase der LPG-Bildung ausgeübte politische Druck war ein Fall diktatorischer Herrschaftspraxis.

Die Quellen sprechen eine deutliche Sprache:

In einem familiären Brief schrieb Sophie Krzykus aus Schönewalde im Kreis Grimmen Ende Februar 1960: „Heute morgen schreibe ich Euch aus einem besonderen Grund. Ich weiß ja nicht, wie es in Eurem Bezirk aussieht. Hier haben sie sich ja vorgenommen, alle in die LPG zu bekommen und am liebsten noch im März. Ihr müßtet einmal durch die Dörfer gehen, überall verstörte Gesichter, und die Tränen, die in dieser Zeit geweint werden, kann keiner zählen. Ich habe mich wieder zusammengerissen wegen Vater, er sah so elend aus. Die Grimmer Polizei hat sich das Ziel gesetzt, die Schönewalder zu übertölpeln – Verzeihung: zu überzeugen. Im ganzen Februar haben wir keine Ruhe mehr bekommen. Wenn sie Sonntags mit 18 Mann ankommen, will das schon was heißen. Gestern Abend waren sie wieder bei uns. Ihr braucht aber nicht zu

---

56 Siehe Andreas Fritsche: Zum Glück in die LPG gezwungen, in: Neues Deutschland, 16.4.2010 (Artikel mit Blick auf die Doppelveranstaltung von Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Bauernbund am 24./25.4.2010 in Kyritz).

fürchten, daß wir was Unrechtes sagen. Vater hat ihnen gesagt, wenn ihn einer überzeugen könnte, dann hätten es seine Schwiegersöhne längst getan, aber es ist nicht so leicht, sondern fürchtbar schwer, den Schritt zu gehen. Am meisten graut uns ja vor der Uneinigkeit und vor denen, die saufen, anstatt zu arbeiten Nun komme ich zu meiner Frage, mein lieber Junge [...] Hier wird erzählt, daß in Gemeinden, wo sich noch ein paar Bauern gewehrt haben, ihnen die Ablieferungsbescheide zerrissen wurden und sie neue bekommen haben. Danach soll von dem ganzen Marktaufkommen 70 Prozent aufs Soll gehen und nur 30 Prozent auf freie Spitzen. Ist das möglich? Wie wird es in der LPG mit den freien Spitzen sein? Aus diesem Grund haben sich schon mehrere bereden lassen zum Eintritt in die LPG. Sie sagen, wenn sie uns die Preise so machen, haben wir doch nichts mehr. Soviel ich weiß, haben sich nun schon 12 von den 18 Bauern unseres Dorfes bereit erklärt, in die LPG einzutreten, übrigens fürs erste noch in Typ I.<sup>57</sup>

In seinem Zeitzeugenbericht beschreibt der ehemalige Sekretär des Rates des Kreises Glauchau, wie er mit Funktionären und 85 Betriebsarbeitern wochenlang in vier Gemeinden eingesetzt war: Zu jedem Gehöft gingen zwei Mann, zunächst fanden Gespräche mit dem „Milchkönig“ und einem renommierten Schweinezüchter statt; nach einer Woche erfolgten die ersten Unterschriften, zugleich gab es Verunsicherung bei anderen; endlich führte man Diskussionen über das Wie; nach drei Monaten waren alle in der LPG.<sup>58</sup>

Ein Diplomlandwirt berichtete von seinem Einsatz als Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung Leipzig, eine Bauernfamilie sei 18-mal aufgesucht worden, bis der Bauer die Unterschrift gab.<sup>59</sup> Man fragt sich: Zeugt dies vom Bemühen, geduldig zu überzeugen, oder handelt es sich auch hier um massiven Druck?

Im „Weißbuch“ der Bundesregierung vom April 1960 sind Dutzende von Berichten geflüchteter Bauern abgedruckt. Zum Beispiel schilderte Richard Vorrath aus Paulinenaue im Kreis Nauen, dass es zu massiver Nötigung kam: „Was aber jetzt die Werbekolonnen mit uns machten, dem konnte kein Widerstand entgegengesetzt werden. Einige Bauern und ich haben sich widersetzt. Nunmehr wurden unsere Namen einen ganzen Tag lang dauernd durch Lautsprecher verkündet, und wir wurden als Staatsfeinde erklärt.“<sup>60</sup> Ein großbäuerlicher Unternehmer – spezialisiert auf die lukrative Saatgutvermehrung – wurde mit dem Angebot gelockt, den Vorsitz in der LPG zu übernehmen. Wenn er einträte, würden 90

57 Erika Sophie Schwarz: Von ganzem Herzen Bäuerin. Eine Familien- und Dorfchronik in Briefen, geschrieben von 1952 bis 1993, Schwerin 1999, S.75.

58 Siehe Kipping, Bauern in Oberwiera, S.99f.

59 Siehe Walter Theile: Auch zwei Tage Mist fahren gehörte zur Agitation, in: Siegfried Kuntsche u. a. (Hrsg.): Wie wir angefangen haben. Erinnerungen, Berlin 1985, S.266-269, hier S.268.

60 Die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn-Berlin 1960, S.39. Ein Prüfen der Berichte wäre erst möglich, wenn die Akten des Auffanglagers für DDR-Flüchtige in Berlin-Marienfelde freigegeben sind.

Prozent der Bauern folgen. Die Agitatoren sagten den Bauern: „Wenn ihr heute nicht kommt, so kommt ihr morgen, und wenn ihr morgen nicht kommt, so kommt ihr übermorgen, aber kommen tut ihr auf jeden Fall.“<sup>61</sup>

Obwohl es sich bei der „von oben“ durchgesetzten Zusammenführung aller Bauern in Genossenschaften um eine der tiefsten Umformungen in der DDR-Geschichte handelte, gibt es bisher nur beschreibende Darstellungen. Eine komplexe politik-, wirtschafts- und sozialhistorische Analyse fehlt. Es liegen zwar regionale und dorfbezogene Darstellungen vor, aber nur wenige Falluntersuchungen und Mentalitätsanalysen. Mit einer Studie zum Verhalten der Bauern im thüringischen Niederrhein und der sozioökonomischen Recherche zu den Nebenerwerbsbauern in der Niederlausitz sind methodische Wege vorgezeichnet.<sup>62</sup> Eine Synthetisierung aus den sehr verstreut publizierten Zeitzeugen- und Betroffenenberichten böte ebenfalls Zugangsmöglichkeiten zu einer differenzierenden konkret-historischen Analyse. Vermutlich verlief die Gewinnung zögernder Einzelbauern in zahlreichen Dörfern weniger konfliktvoll, als es bisher den Anschein hat.<sup>63</sup> Neubauern fiel die Entscheidung leichter als Altbauern in

61 Ebenda, S.55: Herbert Lühmann aus Gumtow, Kreis Kyritz.

62 Siehe Antonia Maria Humm: *Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der BRD 1952-1969*, Göttingen 1999 (siehe auch zusammenfassend: *Wandel der bäuerlichen Lebenswelt im Kollektivierungsprozess. Reaktionen und Handlungsstrategien in Niederrhein, in: Agrar-genossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart*, Rostock 2004, S.102-107); Christel Nehrig: *Industriearbeiter im dörflichen Milieu. Eine Studie zur Sozialgeschichte der Niederlausitzer Nebenerwerbsbauern von 1945-1965*, in: Peter Hübner (Hrsg.): *Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970*, Berlin 1995, S.167-191. Außer den bereits erwähnten Titeln siehe Eva-Marie Elsner/Monika Zielke: *Vierzig Jahre in der Neuen Zeit. 40 Jahre LPG Hohenfelde*, Bad Doberan o. J., und Jürgen Gruhle: *Ohne Gott und Sonnenschein [bringen wir die Ernte ein – Bezirk Erfurt, mit vielen Quellenausügen]*, Nauendorf (Selbstverlag) 2000, S.150-209. Fundiertes Faktenmaterial mit Zeitzeugenberichten ist auch in älteren regionalgeschichtlichen Darstellungen zu finden: Harri Eisenächer u. a.: *Chronik unserer Fiendörfer Tuheim und Paplitz*, Magdeburg 1975; Herbert Homfeld: *Die Lüssower. Geschichte und Geschichten eines mecklenburgischen Landstrichs*, Rostock 1987; Karl Heinz Kowarsch: *Der Schritt vom Ich zum Wir in der Landwirtschaft des Bezirkes Rostock 1952-1960*, Rostock 1986 (auf der Basis seiner unveröffentlichten Dissertation 1965); Siegfried Münzner: *Die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft im Kreis Spremberg*, Abschnitt II: *Das Jahr 1960*, Spremberg 1980; Hans-Georg Wilhelm: *Entscheidung für den Sozialismus. Voraussetzungen und Verlauf des Übergangs zu LPG im Bezirk Neubrandenburg von 1952 bis 1960*, Neubrandenburg 1973; Hans-Jürgen Rach: *Zur Lebensweise und Kultur der Bauern von 1945 bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse*, in: ders./Bernhard Weissel/Hainer Plaul (Hrsg.): *Die werktätige Dorfbewölkerung in der Magdeburger Börde. Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der 60er Jahre*, Berlin 1986, S.17-103, insbes. S.92-99.

63 Siehe den Erinnerungsbericht von Kurt Scholz über die Bildung einer LPG Typ I in Hohenzieritz, Kreis Neustrelitz: „Wir Bauern, die wir als ‚harter Kern‘ bis in jene Tage im Frühjahr 1960 durchgehalten hatten, verstanden uns gut und waren uns durchaus darüber einig, daß die Parteibeschlüsse zur ‚sozialistischen Umgestaltung‘ ernst zu nehmen wären,

jahrhundertelanger Erbfolge. Unterschiedlich verhielten sich wohl im gleichen Dorf kleinere und größere Bauern mit Flächen unter der berüchtigten 20-Hektar-Grenze. Hartnäckiges Sträuben ging in der Regel von Mittelbauern mit mehr als 15 Hektar aus, die mit fremden Arbeitskräften eine auf Saatvermehrung, Spezialkulturen und Leistungsviehzucht ausgerichtete Intensivwirtschaft betrieben. Ihre neue Meinungsführerschaft im Dorf nutzten sie vielfach, um andere im Widerstreben zu bekräftigen, wie insbesondere auch Flüchtlingsberichte erkennen lassen. Offenbar zeigte sich im ostdeutschen Dorf die bekannte Tatsache eines unterschiedlichen Verhaltens von bäuerlichen Familienbetrieben zur Sicherung des Lebensunterhalts einerseits und gewinnorientierten Betrieben andererseits. Regional bekannte Großbauern hielten sich wegen der Erfahrungen seit 1950 zumeist mit Stellungnahmen zurück. Bäuerinnen zeigten oft früher Verständnis für die LPG als ihre Männer.

Die Bezeichnung „sozialistischer Frühling“ erscheint angesichts der geschilderten Tatsachen als ein euphemistisches Konstrukt der Propagandisten. „Rauhreif“ habe sich über die ostdeutschen Dörfer gelegt – so der Parteivorstand der westdeutschen Sozialdemokratie.<sup>64</sup> Die Wortprägung „Zwangskollektivierung“ für den Gesamtprozess der LPG-Bildung ist dennoch prinzipiell als pauschalisierend abzulehnen. Vor allem aber: Sie entstand als Kampfformel im Kalten Krieg. Auch über die griffige Benennung „Kollektivierung“, die aus dem gleichen dunklen Grund kommt, sollte nachgedacht werden. Sie assoziiert eine Parallele zum Gewaltprozess in der Sowjetunion.

Als Folgen einer Kapitulation der Bauern vor der Staatsmacht<sup>65</sup> stiegen 1960 wiederum die Zahlen der Republikflucht.<sup>66</sup> Es gab offenbar einen Zusammenhang zwischen politischem Druck zur LPG-Bildung und Flucht. 1953 verlor die DDR 11.613 Personen aus dem Bauernstand. Während des „Neuen Kurses“ 1954/55 lag das Level weit darunter, stieg dann 1956/57 etwas an, um schließlich 1958 und 1959 auf Werte unter 1.700 abzusinken. 1960 waren es 5.637 und 1961 nochmals 4.335 Personen, die der DDR den Rücken kehrten. Gezählt sind je-

---

es also keine Alternative zur LPG gäbe, außer man entschlosse sich, in die BRD abzuhausen. So hielten 17 Familien Rat und kamen zum Ergebnis, als neu gegründete LPG Typ I müssten wir das eigentlich packen, wenn wir so engagiert weiter arbeiten würden wie bisher. An dieser unserer Entscheidung hatte das ‚Revolutionskomitee‘ der Kreisleitung der SED den geringsten Anteil! Wir kamen also zusammen, man unterstützte uns bei der Erledigung der Gründungsformalitäten.“ Zit. nach: Krenz, Erinnerungen, S.73.

64 Die Welt (Hamburg), 22.3.1960: Appell des SPD-Parteivorstands.

65 Zu den unmittelbaren Folgen siehe Dieter Schulz: „Kapitalistische Länder überflügeln“. Die DDR-Bauern in der SED-Politik des ökonomischen Wettbewerbs mit der Bundesrepublik von 1956 bis 1961, Berlin 1994 (Hefte zur ddr-Geschichte Nr. 16), S.39-45 (Kapitel „Die Labilitätsphase der dekretierten LPG und der Rückschlag für die Landwirtschaft der DDR“).

66 Siehe Damian van Melis/Henrik Bispinck: „Republikflucht“. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006, Tabelle 3 (S.256f.). Analyse auf noch beschränkter Quellenbasis (S.79-82).

weils die Hofbesitzer mit ihren Familienangehörigen. Insgesamt verließen 40.045 Personen aus bäuerlichen Familien zwischen 1952 und 1961 den ostdeutschen Staat. Gemessen an der Gesamtzahl der Abgewanderten und Flüchtigen war der bäuerliche Anteil allerdings mit 1,6 Prozent weit unterproportional. Hier ist die Sesshaftigkeit von Bauernfamilien zu bedenken. Eine Analyse für 1960/61 sagt hinsichtlich der Flucht aus der DDR aus: „Fast ausnahmslos waren es wirtschaftsstarke Bauern, die im Dorf allgemein als ‚reiche Bauern‘ betrachtet wurden.“<sup>67</sup> Anders als 1952/53 konnten nur die wenigsten Bauern 1960 die Hoffnung hegen, in der westdeutschen Landwirtschaft wieder eine selbstständige Existenz aufbauen zu können. Es reizten jedoch erhebliche Ausgleichszahlungen im Rahmen des Lastenausgleichs in der BRD und die vorteilhafte Anerkennung als politischer Flüchtling.<sup>68</sup>

Widerstrebendes Verhalten zeigte sich bei der Beschlussfassung zum Statut der neu gegründeten LPG. Man verlangte, den Passus über den freiwilligen Beitritt zu streichen. Die Aufnahme der gemeinsamen Arbeit wurde vielerorts hinausgezögert – vor allem in den Südbezirken mit seinen altbäuerlichen Strukturen.<sup>69</sup> Der Slogan „LPG Typ I – jeder macht Seins“ machte die Runde. Viele vernachlässigten die genossenschaftliche Arbeit zugunsten ihrer individuellen Viehhaltung. Rückschläge in den Produktionsleistungen 1961 und 1962<sup>70</sup> waren nicht nur den gravierenden Witterungsunbilden und der betriebswirtschaftlichen Umstellung geschuldet, sondern deuteten auch auf mangelndes Engagement hin. Es gab Austritte aus der Genossenschaft. Erst nach der Grenzenabriegelung am 13. August 1961 endete die Labilitätsphase.<sup>71</sup> Man wusste nun, man muss mit der LPG leben. 1963 zeigten sich deutliche Tendenzen einer Stabilisierung.<sup>72</sup>

---

67 BArch, DY 30 IV 2/7/120, Bl. 21: Information der Abteilung Landwirtschaft (Bruno Kiesler) an das Sekretariat des ZK der SED zur Republikflucht, 1.6.61.

68 Ebenda, Bl. 24. Gemäß der 14. Novellierung des Gesetzes mit Rückwirkungsklausel bis 1952 erhielten beispielsweise Flüchtige, die Werte von 21 bis 50 Tausend Mark zurückgelassen hatten, 40 Prozent des Wertes in Mark der Bundesrepublik ausgezahlt und noch weitere Zuwendungen. Siehe auch Reichelt, Blockflöten, S.181f.

69 Siehe als extremes Beispiel eine „Information über die Durchsetzung der guten genossenschaftlichen Arbeit in den LPG Typ I im Bezirk Dresden“ vom 1.6.1962 (BArch, DY 30 IV 2/7/376): „Gegenüber 1961 hat sich in den LPG Typ I die genossenschaftliche Arbeit im Jahre 1962 verbessert. Bis zur Herbstbestellung 1961 haben noch eine ganze Reihe Bauern individuell gewirtschaftet. Es zeigte sich aber in der Frühjahrsbestellung, daß die Durchsetzung der genossenschaftlichen Arbeit in der Masse der LPG Typ I große Mängel aufweist. Die Zusammenlegung der Flächen erfolgte nur formal. Größere Schläge wurden geschaffen, indem eine Schlagzusammenlegung innerhalb der alten Betriebsgrenzen erfolgte. In einer Vielzahl von LPG Typ I wird nur auf den Getreide-, Kartoffel-, Zuckerrüben- und Ölfruchtflächen genossenschaftlich gewirtschaftet.“

70 Siehe detaillierte Beschreibung bei Matschke, Entwicklung der Agrarpolitik, S.95-119.

71 „Unter dem größeren Teil der schwankenden Bauern, vor allem in LPG Typ I, wurde bei einem Teil – vor allem durch die Auseinandersetzungen über die sozialistische Perspektive unserer Republik, über die Entwicklung und Festigung der LPG und das Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland – Klarheit darüber geschaffen, daß ein Austritt

### 6. Die Langzeitwirkungen

1960 vor den Kopf gestoßen, fanden Zehntausende neue LPG-Mitglieder erst dann eine positive Einstellung zur LPG, als sie an deren Gestaltung teilhatten und Erfolge spürten.

Nach einer Konsolidierungsphase setzte 1965 ein Produktionsanstieg ein. Schon 1969 stellte der Forschungsbeirat beim Bundesministerium fest, „daß die mitteldeutsche [sic!] Landwirtschaft heute in der Lage ist, die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu befriedigen. Bei allen Produkten hat eine Ertragssteigerung stattgefunden [...] Selbst wenn in absehbarer Zeit das durchschnittliche Ertragsniveau der Bundesrepublik nicht erreicht werden sollte, wird die ‚DDR‘ [sic!] doch bald vor dem Problem der Überschußproduktion stehen.“<sup>73</sup> Die Ertragssteigerung war einerseits durch die erhebliche Verbesserung der materiell-technischen Produktionsgrundlagen mittels zugeführter Produktionsmittel aus der Industrie möglich. Andererseits wirkte sich die Qualifizierung der betrieblichen Planung und Leitung dank der eingesetzten Fach- und Hochschulkaader aus. Und schließlich verbanden die für die Landwirtschaft spezifischen ökonomischen Hebel des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL) einschließlich des neuen Preissystems für Agrarerzeugnisse die gesamtgesellschaftlichen direkter mit betrieblichen und persönlichen Interessen und gaben starke Impulse für eine Leistungssteigerung. Die Bauern merkten, dass sich intensive Arbeit lohnt. In der zweiten Hälfte der 60er-Jahre zeigte sich ein Wachstumstempo, wie es in der DDR zu keinem Zeitpunkt vorher gegeben war und nachfolgend auch nicht wieder erreicht wurde.<sup>74</sup> Entsprechend den Leistungen stieg das familiäre Einkommen, wozu die individuelle Nebengewirtschaft nicht unwesentlich beitrug. Die genossenschaftlichen Fonds wuchsen und

---

aus den LPG und eine Auflösung von Genossenschaften nicht möglich ist, sondern alles getan werden muß, um eine gute genossenschaftliche Arbeit zu organisieren. Dabei haben vor allem die Maßnahmen vom 13. August zur Festigung größerer Teile schwankender Bauern beigetragen.“ So eine Wertung im Bericht des Landwirtschaftsministers vom 17.9.61: BAArch, DY 30 IV 2/7/376, Bl. 66.

72 So auch der deutsch-amerikanische Volkswirtschaftler Hans Apel. Siehe Hans Apel: Ohne Begleiter unterwegs. 287 Gespräche jenseits der Zonengrenze, Köln 1965, bes. S.108-123.

73 Fünfter Tätigkeitsbericht 1965/1969, S.266. Es darf aber nicht übersehen werden, dass die Tierproduktion bereits seit Mitte der 50er-Jahre in einem erheblichen Maße auf Getreideimporten beruhte. 1960 waren es 2.164 Kilotonnen, 1961 bis 1965 1.632 Kilotonnen und 1966 bis 1970 2.208 Kilotonnen Getreide durchschnittlich. Siehe Siegfried Kuntsche: Landwirtschaft 1978. Analyse mit dem Blick vor allem auf die Störungen im Zusammenwirken von Pflanzen- und Tierproduktion, in: Siegfried Prokop (Hrsg.): Der versäumte Paradigmenwechsel, Schkeuditz 2008, S.152-170, hier S.307.

74 Siehe Siegfried Kuntsche: Der historische Prozess der Intensivierung in der Landwirtschaft der DDR und seine Darstellung in der Betriebsgeschichte, in: 1. Tagung der Fachkommission Agrare Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR vom 12. bis 14. November 1987 in Neubrandenburg, Berlin o. J., S.32-37.

damit auch die Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Durch die Bauernkongresse auf Kreis-, Bezirks- und Republik-Ebene und die Wahl von Landwirtschaftsräten mit Beschlusskompetenz fühlten sich LPG-Bauern in agrarwirtschaftliche Entscheidungen einbezogen.<sup>75</sup> In den Genossenschaften selbst erfuhren viele den Nutzen genossenschaftlicher Selbstbestimmung in dem Maße, wie Statut und Betriebsordnung zur Wirkung kamen und sich durch die betriebliche Rechnungsführung mit Brigadeabrechnung das Leistungsprinzip durchsetzte. Schließlich erhöhte sich dank Qualifizierung sprunghaft das berufliche Können, wuchsen gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein und Selbstvertrauen. Die jährliche agra in Leipzig-Markkleeberg wurde zum Anziehungspunkt für viele Genossenschaftsbauern – nicht nur wegen Bier, Bockwurst und Kabarett. Auf der Basis der genossenschaftlichen Arbeit und gemeinsamer Erlebnisse entwickelten sich neue zwischenmenschliche Beziehungen.

Was die Schriftstellerin Anna Seghers in ihrer Paten-LPG Jeggel, Kreis Seehausen, schon 1961 beobachtete, trat in den meisten Dörfern in den späten 60er-Jahren deutlich hervor: „Die Aufgaben, die sich die Leute von Jeggel vor längerer Zeit gestellt hatten, haben sie inzwischen fast alle erfüllt. Sie haben aus eigener Kraft Ställe gebaut, eine Nachbarin, die inzwischen in die LPG eintrat, hat eine große Geflügelzucht übernommen, usw. usw. Viele Dinge könnte ich aufzählen, die man mir erklärt hat, unterlasse es aber, da ich nur durch Erklärungen diese Dinge verstehen kann. Als Schriftsteller habe ich zu meinem Erstaunen und meiner Freude auch in der kurzen Zeit rasch wahrgenommen, was für eine Veränderung inzwischen mit einigen Menschen vor sich gegangen ist.“<sup>76</sup>

An vielen Stellen traten durch Maschineneinsatz Arbeitserleichterungen ein. Erstmals in ihrem Leben hatten Bauern und Bäuerinnen Urlaub und eine geregelte Arbeitszeit. Kindergärten, Gemeinschaftsküchen, Dienstleistungseinrichtungen u. a. verbesserten ihre Lebenslage. Der Eigenheimbau auf dem Lande nahm schwunghaften Aufstieg.

Alles in allem: Man sah in den meisten Dörfern, dass es vorwärtsging. Die SED gewann Vertrauen zurück. Erfolgserlebnisse überlagerten nun die Schrecknisse von 1960. Die meisten wollten nicht mehr an ihre schmerzlichen Erlebnisse erinnert werden. Nicht wenige fragten sich, weshalb sie sich damals so vehement gegen die LPG gewehrt hatten. „Abgesehen von ein oder zwei Ausnahmen, möchte von unseren Mitgliedern bestimmt keiner mehr zurück auf seinen eigenen Hof. Dort hat doch die Arbeit nie aufgehört, und soviel wie jetzt haben die meisten früher nie verdient“, so die Beobachtungen des Melkers einer LPG Typ

---

75 Siehe Hans Luft: Agrargenossenschaften gestern, heute und morgen (Hefte zur ddr-Geschichte Nr. 50), Berlin 1998, S.22-27, 35-38.

76 BArch, DY 30 IV 2/7/358, Bl. 19: Schreiben an den ZK-Sekretär Gerhard Grüneberg vom 20.3.61 zur Weiterleitung einer Eingabe der LPG.

III bei Peitz bei einer Befragung durch einen amerikanisch-westdeutschen Volkswirtschaftler.<sup>77</sup>

Was sagen Zeitzeugen heute? Spricht man mit früheren Genossenschaftsbauern, so sagen die meisten: Der genossenschaftliche Weg war richtig. Die Bejahung ist allerdings bei Menschen aus einem ehemals großbäuerlichen Milieu nicht so eindeutig wie bei anderen. Bei einer systematischen Zeitzeugenbefragung in Wittenberg und Umgebung äußerte Elli I. Mitte der 90er-Jahre: „Wir mussten ja als Einzelbauern auch von früh bis abends arbeiten. 1957 ist meine Tochter zu früh jeborn, weil ich meinem Mann jeholfen hatte, 30 Sack Kalk mit aufjeladen. Das brauchten wir nich mehr in der Genossenschaft. Wir sind denn nachher auch in de Jenossenschaft einjetreten, und denn hab ich mir nach Jahren jesacht, meine Güte, wie dumm bist de denn man jewesen?! Du kannst jar nich besser leben als da. Die Arbeit wurde leichter. Wir hatten ärztliche Betreuung, da konnte jede Frau zum Arzt gehen, hatten Haushaltstag und Urlaub. Wenn ich so zurückerdenke: Ich bin nich freiwillig in de Genossenschaft jegang'n, aber es waren meine besten Jahre.“<sup>78</sup> Die positive Einstellung zur LPG verbindet sich zumeist mit einer Kritik an der Mangelwirtschaft, vor allem aber am staatlichen Dirigismus und Diktat von Parteileitungen sowie an der in den 70er-Jahren administrierten betrieblichen Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion.

---

77 Siehe Apel, *Ohne Begleiter*, S.118. Die bei vielen Gesprächen erfragten Einkommensverhältnisse bestätigen den letzten Teil der Aussage – abgesehen von Angaben ehemaliger Großbauern.

78 Zit. nach Christel Panzig: *Frauen auf die Traktoren oder in den Kälberstall? Chancen und Defizite beruflicher Entwicklung von Frauen in den LPG*, in: Buchsteiner/Kuntsche (Hrsg.), *Agrargenossenschaften*, S.123-133, hier S.132f.